



Michael Bammessel ist Präsident der Diakonie Bayern. Foto: dpa

## Diakonie-Chef fordert bessere Pflegeversicherung

Bammessel: Wirtschaftliches Risiko ist für Betroffene und deren Familien zu hoch — Kinderarmut in Bayern beklagt

**NÜRNBERG — Trotz mehrerer Reformen ist der Bereich der stationären Pflege nach Ansicht von Bayerns Diakonie-Präsident Michael Bammessel zulasten der Betroffenen nach wie vor unterfinanziert. Die Schlüsselprobleme seien immer noch nicht gelöst.**

„Das System muss endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden“, sagte Bammessel als Gast des Nürnberger Presseclubs. Die bisherigen Pflegestärkungsgesetze des Bundes hätten wohl Verbesserungen gebracht, trotzdem stelle die Betreuung in Pflegeheimen für Senioren wie

deren Angehörigen ein hohes wirtschaftliches Risiko dar.

Bammessels Lösungsvorschlag geht in die Richtung einer Art Kaskoversicherung, vergleichbar der für Autos. Wenn die einspringen muss, zahlt der Versicherte einen bestimmten Betrag, alles was darüber liegt, übernimmt die Versicherung.

Bei der Pflege ist es gegenwärtig genau umgekehrt. Es gibt je nach Stufe einen bestimmten Betrag aus der Versicherung, wenn mehr nötig ist – und das ist meistens der Fall –, müssen Familien ihre privaten Rücklagen angreifen. „Und bei den gegenwärtigen Heimkosten können die schnell

aufgebraucht sein“, sagte der Theologe.

Hinzu komme, dass Pflegekräfte deutlich besser entlohnt und der Personalschlüssel verbessert werden müssten. „Aber das zur Verfügung Geld reicht dafür nicht“, kritisierte der Diakonie-Präsident. Und sein Verband allein könne die Standards für den „wichtigen Dienst an den alten Menschen“ nicht anheben. „Dann kommt niemand mehr zu uns, weil alle anderen Einrichtungen günstiger sind.“

Der Chef des evangelischen Wohlfahrtsverbandes in Bayern mit mittlerweile rund 86 000 Beschäftigten

beklagte im Presseclub außerdem die hohe Kinderarmut im Freistaat. Die sei trotz günstigster wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch in Bayern in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Über 171 000 Kinder lebten derzeit in Haushalten, die Grundsicherung beziehen.

Bammessel fordert eine vollkommen eigenständige Grundsicherung für Kinder. Die Familienförderung mit weit über 150 einzelnen Maßnahmenmöglichkeiten sei viel zu kompliziert. In diesem Dschungel könne sich kaum jemand zurechtfinden. Das müsse geändert werden.

MICHAEL KASPEROWITSCH